

## Zwei «Ausgabenbrocken» – sonst eher lau

Wenige Tage nach der telegenen Alpabfahrt in Umäsch führen auch die eidgenössischen Parlamentarier und Parlamentarierinnen wieder heim – mit dem Alpsummer endete auch die Herbstsession, und für mich als Neugewählten schloss sich der Kreis der vier parlamentarischen Jahreszeiten.

Dem Wetter angepasst, ging es in den Ratssälen nicht mehr gleich heiss zur Sache wie noch in der Sommersession – bahnbrechende Vorlagen waren rar. Über diesen eher lauen Herbst sei hier aber nun kurz berichtet – bevor die Dossier-Lawine für die Wintersession hereinbricht.

### Zehn Gramm: 100 Franken

Beginnen wir mit der Gesundheitspolitik: Während sich das Präventionsgesetz als Rohrkreppierer herausstellte (der Ständerat versenkte es trotz nationalrätlichem Festklammern), einigten sich die Räte auf ein einfaches Bussenverfahren beim Cannabis-Konsum. Zehn Gramm zum Eingegebrauch kosten damit (zuzüglich Materialkosten...) 100 Franken, wie wir mit Stichtentscheid des Präsidenten festhielten. Auch verabschiedeten wir ein neues Epidemiengesetz, welches u. a. die Kostenpflicht des Bundes bei Epidemien (man denke an SARS, Schweine- oder Vogelgrippe) regelt. Impfgegner drohen mit dem Referendum. Gegen das Tierseuchengesetz aus der Sommersession haben sie es ja schon erfolgreich ergriffen, am 25. November stimmen wir ab.

Die Migrationspolitik beschäftigte den Nationalrat diesmal nur noch beschränkt. Die dringliche Vorlage im Asylwesen ist nun in Kraft. Sie schafft Botschaftsgesuche ab, schliesst Desertion aus eigenen Asylgrund aus und erleichtert es dem Bund, neue Zentren und teilweise gar neue Verfahren zu schaffen. Die umstrittene Frage der Not- bzw. Sozialhilfe aber hat uns vom Ständerat her noch nicht wieder erreicht.

### Der Berg gebiert eine Maus

Staatspolitisch gebar der Berg nach unendlichen Jahren zumindest eine Maus bzw. eine Mini-Staatsleitungsreform. Diese Reform stärkt die Bundeskanzlei, verbessert einige Abläufe im Bundesrat und lädt ein zur Schaffung zusätzlicher Staatssekretariate. Keine Chance hatte allerdings das zweijährige Bundespräsidium. Zu gross war die Angst vieler Parteien, es würde nicht ihnen zugute kommen. Als Land haben wir aber eine Möglichkeit vertan, auf dem internationalen Parkett ein wenig an Konstanz zu gewinnen.

In der Steuerpolitik flickten wir namentlich an zwei Baustellen herum. Zum einen erlaubten die Räte neu auch gewisse Gruppenanfragen (statt nur Anfragen im Einzelfall) in der internationalen Steueramtshilfe. Zum andern verschärfen die Räte die Kriterien für die Pauschalbesteuerung. Ein Vorschlag zur Abschaffung (wie sie ja kürzlich Ausserrhoden kantonal vornahm) für die ganze Schweiz drang nicht durch. Demnächst wird hierzu aber eine nationale Volksinitiative eingereicht.

### 26 Mia. für vier Jahre

Nach der Einnahmenseite beschäftigte uns einer der wichtigs-



Bild: Archiv apz

Andrea Caroni

ten Ausgabenposten des Bundes: Die Bildungspolitik. Für die Jahre 2013–2016 genehmigten wir über 26 Milliarden für Bildung, Forschung und Innovation. Damit wachsen die Bildungsausgaben weiterhin stärker als andere Bereiche. Dies wurde im Grundsatz einhellig begrüsst. Die Diskussion entzündete sich einzig ob einer weiteren Erhöhung (etwas beschönigend «Glättung» genannt), doch entgegen der Mahnungen einiger Finanzpolitiker kam die Vorlage damit durch.

### AP 14/17

Ein weiterer Ausgabenbrocken erwartete uns in der Landwirtschaftspolitik. Nach drei Kommissionstagen und 1,5 Tagen Ratsdebatte war es soweit: Die Agrarpolitik der Jahre 2014–17 («AP 14/17») überstand die Gesamtstimmabstimmung im Nationalrat. Gesamthaft erhält die Landwirtschaft in etwa gleich viel Geld (fast 14 Milliarden für vier Jahre) und Grenzschutz wie zuvor. Neu ist aber eine präzisere Ausrichtung der Direktzahlungen auf die Leistungen im öffentlichen Interesse (Versorgungssicherheit, Kulturlandschutz, Biodiversität, Umweltschutz, Landschaftspflege etc.). Dies ist im Lichte der Interessen der Allgemeinheit zwar konsequent; es erfordert aber von den Bauernbetrieben teils erhebliche Anpassungen. Die Appenzeller Bauern stehen dabei vor überdurchschnittlich grossen Herausforderungen, da für Direktzahlungen das Gewicht weg vom Tierbestand hin zu den Flächen verlagert wird. Andererseits gelang es, die Milchverträge und die bäuerliche Bildung zu stärken und gewisse bürokratische Auswüchse abzuwehren, was die Bauern in ihrem Unternehmertum unterstützen soll. Etwas sachfremd (und zum Ärger der eigentlich zuständigen Kommission) wurde auch noch das Gentech-Moratorium um mehrere Jahre verlängert.

Wirtschaftspolitik einer ganz anderen Art war die Revision des Kollektivanlagengesetzes (KAG). Diese Anpassung der Fondsgesetzgebung ans europäische Umfeld war eher eine Spezialistendebatte. Dafür lockte die Volksinitiative «1:12» die Redner in Scharen ans Mikrophon. In der Empörung über abzockende Manager war man sich zwar einig, nicht aber im Rezept dagegen: Die Ratslinke rief nach dem Staat, die Ratsmitte und -rechte riefen nach der Stärkung der selbstverantwortlichen Eigentümer.

### Selber aktiv geworden

Die Stärkung von Eigentum und Selbstverantwortung war auch Thema eines Vorstosses, den ich als Fraktionsmotion einreichen konnte: Heute wird zum Teil steuerlich bestraft, wer eine Säule 3b anlegt. Die Motion fordert hier nun eine gerechtere Besteuerung. Sodann verlangte ich per Interpel-

lation vom Bundesrat Auskunft, warum der Bund in allen Kantonen, nicht aber den beiden Appenzell, öffentliche Beschaffungstätigkeit.

### Besuche aus nah und fern

Wie in den Sessionen zuvor erfreuten mich wiederum zahlreiche Besuchergruppen im Bundeshaus. Ganz besonders freuen mich jeweils die neugierigen Schulklassen: Kommt bald wieder! Auch innerhalb des Rates war Zeit für Geselligkeit. Die lange Nacht der «U35» schweisst die junge Generation parteiübergreifend zusammen.

Wie in der Sommersession war auch im Herbst der Besuch einer asiatischen Persönlichkeit im Rat klarer Höhepunkt. Damals war es die Burmesin Aung San Suu Kyi, diesmal Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon. In allen Landessprachen lobte er die 10jährige Uno-Mitgliedschaft der Schweiz. Seine Begrüssungsredner Hansjörg Walter und Hans Altherr verzichteten in ihren Verdankungen auf Einsprengel in Südkoreanisch...

### Leider auch ein Todesfall

Leider – auch hier wie in der Sommersession – war der Tiefpunkt der Herbstsession der Tod eines weiteren Fraktionsmitgliedes. Nationalrat Peter Malama (1960–2012) erlag am 22. September seinem langen Kampf gegen den Krebs. Im Basler Münster nahmen wir betrübt und ergriffen von einem inspirierenden Freund Abschied. Lieber Peter, ich wünsche Dir auf Deiner «Sternenfahrt», wie Du Deine letzte Reise nanntest, alles erdenklich Gute.

Andrea Caroni  
Nationalrat FDPAR

## Versuch einer Bilanz meiner Präsidialzeit

Die Herbstsession war bereits die vierte und letzte meiner Präsidialzeit. Bis zum 26. November bin ich zwar noch im Amt. Dann werde ich die Wintersession eröffnen, die Wahl des neuen Präsidenten leiten und ihm gleich das Zepter (das es allerdings nicht gibt) übergeben. Ein kurzer Rückblick sei mir deshalb erlaubt.

Absoluter Höhepunkt war für mich, dass ich im Dezember 2011 die Vereinigte Bundesversammlung präsidieren durfte, da der Nationalratspräsident für den Bundesrat kandidierte. Spannend waren sodann kurze und längere Gespräche mit Gästen aus nah und fern wie zum Beispiel mit dem Generalsekretär der UNO, Ban Ki-moon, und mit der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aus Burma/Myanmar oder mit den Ministerpräsidenten Horst Seehofer und Kurt Beck aus deutschen Bundesländern. Hochinteressant war auch eine Reise mit verschiedenen Ständeräten nach Bulgarien und Rumänien. Wir besichtigten dort verschiedenste Projekte, welche mit Geldern aus der sogenannten Kohäsionsmilliarde finanziert werden. Eine weitere Reise wird mich Anfang November nach Kirgisien und Tadschikistan führen, in Länder also, welche in derselben Stimmrechtsgruppe des IWF sind wie die Schweiz. Sodann steht in der Schweiz noch die Wahl eines neuen Generalsekretärs oder einer Generalsekretärin der Bundesversammlung an. Diese Wahl wird durch die Präsidenten beider Räte vorbereitet.

### Keine Hexerei

Wie bereits im Bericht über die Frühjahrssession dargelegt, ist die Führung des Rates keine Hexerei,



Bild: Keystone

Hans Altherr

aber recht zeitaufwendig und anstrengend. Hin und wieder waren auch schwierige Situationen zu meistern wie zum Beispiel, als sich in der zu Ende gegangenen Session zwei Ratsmitglieder auf der persönlichen Ebene in die Haare gerieten. Von meinem «Hausrecht» als Präsident konnte ich aber auch in anderer Weise Gebrauch machen: Ähnlich wie im Nationalrats- liess ich auch im Ständeratssaal zwei Fahnen aufstellen. Sind es dort zwei Schweizer Fahnen, so stehen bei uns neu eine Schweizer und die Kantonsfahne des jeweiligen Präsidenten. Dadurch soll auf den besonderen Kantonsbezug der zweiten Kammer hingewiesen werden. Bei einer Fluchtübung schliesslich musste ich feststellen, dass auch altgediente Ständeräte die beiden Fluchtwege aus dem Saal nicht kannten.

Zwar freue ich mich auf wieder etwas mehr Freizeit. Das Amt des Präsidenten des Ständerates ist aber bestimmt eines der schönsten, welche die Schweiz zu vergeben hat; ich hätte es gerne länger ausgeübt.

### In politischer Hinsicht...

...stand sicher die Agrardebatte im Vordergrund. Der Ständerat wird sich voraussichtlich in der

Wintersession als Zweitrat damit befassen. Von den Geschäften im Ständerat möchte ich drei herausgreifen, mit denen ich auf grundsätzliche Fragen hinweisen möchte:

Die Änderungen des Asylgesetzes werden aus meiner Sicht überschätzt. Die Schweiz ist bei diesem Thema in zwei dogmatische Lager gespalten. Wir täten gut daran, uns an unsere jahrhundertlange Tradition der Konsensfindung zu orientieren und pragmatisch nach Lösungen zu suchen. Aus meiner Sicht ist die Vorlage 3, die Experimente in Verfahrensfragen zulässt, ein Schritt in diese Richtung, allerdings ein kleiner, und es bleibt offen, ob die Einigung auch in bedeutenderen Fragen gefunden werden kann. Ähnliches ist im Betäubungsmittelrecht zu verzeichnen, wo nach jahrelangen Diskussionen mit dem Ordnungsbussenverfahren für Erwachsene ein kleinster gemeinsamer Nenner gefunden werden konnte.

Das Scheitern des Präventionsgesetzes mag man bedauern. Persönlich hätte ich in diesem Gesetz eine Chance gesehen, die Bemühungen in diesem Bereich besser zu koordinieren und die schon bisher dafür eingesetzten erheblichen Mittel (über eine Milliarde Franken im Jahr) effizienter einzusetzen. Das sollte der Staat aber auch ohne Gesetz zustande bringen. Die Ablehnung dieses Gesetzesentwurfes ist aber, zusammen mit der starken Verwerfung der Raucherinitiative durch Volk und Stände, auch ein Zeichen für einen Trend, sich gegen wuchernde Vorschriften und eine Verbotskultur zu wehren und verstärkt auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu setzen. Die Finanz- und Schuldenkrise zeigt ja eindrücklich, dass die Staaten keineswegs so mächtig sind, wie sie immer vorgeben.

### Der Teufel liegt im Detail

Schwerer fällt mir eine Beurteilung des Kollektivanlagengesetzes und der sogenannten Swissness-Vorlage. Das Kollektivanlagengesetz ist derart technisch und kompliziert, dass ich die Behauptung wage, es gebe in beiden Räten insgesamt kaum ein Dutzend Parlamentsmitglieder, die es auch nur einigermaßen verstehen. Erschreckend ist für mich in erster Linie, dass ein solches Gesetz überhaupt nötig ist. Muss man den «nicht qualifizierten Anleger», wie er im Gesetz genannt wird, wirklich vor solchen Anlagemöglichkeiten schützen? Wäre es nicht klüger, wenn der Laie, also der besagte «nicht qualifizierte Anleger», auf derartige Anlagen verzichtet? Ich jedenfalls werde dies trotz des neuen Schutzes durch das Gesetz so halten. Bei der Swissness-Vorlage ist die Problematik eine andere: Alle sind sich einig, dass das Schweizerkreuz als Marke eines zusätzlichen Schutzes bedarf. Unbestritten ist auch, dass Zusätzliches unternommen werden muss, um Schweizer Produkte vor Trittbrettfahrern zu schützen. Was aber ist ein Schweizer Produkt? Gibt es eine einheitliche Definition für landwirtschaftliche und industrielle Produkte? Wie steht es bei Dienstleistungen? Der Teufel liegt im Detail, und wirklich befriedigende Lösungen sind noch nicht gefunden. Der Rat hat die Vorlage deshalb zu Recht in die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, sich nochmals mit diesen Fragen zu befassen.



Bild: Keystone / Lukas Lehmann

Hans Altherr am 10. September kurz vor Eröffnung der Herbstsession des Ständerats. Die Wintersession Ende November wird er noch eröffnen und die Wahl seines Nachfolgers leiten. Dann ist sein Präsidialjahr zu Ende.

Hans Altherr, FDPAR  
Ständeratspräsident